

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 105. Ratssitzung vom 21. Dezember 2011

2153. 2011/457

Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011: Begrenzung des Ausgabenwachstums auf das geschätzte reale Wirtschaftswachstum

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Roger Liebi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2060/2011): Die bürgerlichen Parteien sind unisono der Meinung, man müsse die Ausgaben- und Aufgabenplanung überdenken. Uneinigkeit besteht höchstens in der Höhe dieser Begrenzung. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) sagt für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,2 % voraus, das SECO für 2013 von 1,9 %. Konträr dazu haben wir für das Budget 2012 nun eine Ausgabensteigerung von 5,8 % geschafft. Wenn wir im Dezember das neue Budget verabschieden, ist es wahrscheinlich schon zu spät. Wir müssen für das Budget 2013 vorausplanen und Gegensteuer geben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Martin Vollenwyder:** Solche Vorgaben sind unrealistisch. Es gibt zwei Sachen, die nur schon 2012 ein Problem darstellen können und die die Stadt nicht zu verantworten hat: die Fallpauschalen und die Spitalfinanzierung. Wie soll dort etwas budgetiert werden anhand des geschätzten Wirtschaftswachstums? Wenn wir das Budget im Juni/Juli des Vorjahres machen, wären die Abweichungen relativ drastisch. Die Wirtschaftsprognosen sind dieses Jahr permanent überarbeitet worden und die vielen Konjunkturagenturen haben sich im 14-Tagesrythmus korrigiert. Das ist mit unserer Vorplanung unmöglich zu vereinbaren.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marc Bourgeois (FDP):** Ein wesentlicher Teil unserer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsstärke, hängt mit einer relativ gemässigten Staatsquote zusammen, die die Schweiz im Vergleich zum internationalen Umfeld hat. Die Staatsquote nähert sich aber langsam den anderen Staaten an. Auf die Stadt Zürich bezogen heisst das, dass ich durchaus Sympathien für den Vorstoss hege. Ich sehe nicht ein, warum ein immer grösserer Anteil der Wertschöpfung, die unsere BürgerInnen erarbeiten müssen, in den staatlichen Rachen geworfen werden soll. Das Problem des Vorstosses ist aber, dass er stark zyklisch ist. Wenn die Wirtschaft boomt, kann der Staat Geld verjubeln wie er will. Wenn es im schlecht geht, kann er das nicht machen. Das ist der Grund, warum wir auf Bundesebene bei der Schuldenbremse eine glättende Wirkung haben. Eine Begrenzung würde zu grossen Problemen führen und wäre ungeeignet.*

2 / 2

Dr. Davy Graf (SP): Die SVP weigert sich seit Jahren mit anderen Parteien zusammen zu arbeiten und setzt sich so willentlich in die politische Isolation. Jetzt folgen noch zwei Postulate im Anschluss an die Budgetdebatte. Wohlgemeint sind diese vielleicht. Sie tragen jedenfalls nicht denselben Tunnelblick, mit dem die SVP die einzelnen Budgetposten behandelte. Doch die Partei schafft es dann nicht einmal, den Antrag zusammen mit der FDP zu diskutieren, so dass die FDP noch eine Ablehnung begründen muss. Dieses Vorgehen ist befremdlich und mühsam.

Roger Liebi (SVP): Unsere Anträge waren längst bekannt, bevor zum Beispiel die GLP überhaupt ihre Sitzung gemacht hat. Nicht einer kam zu uns und hat mit uns geredet. Wir lassen uns deshalb nicht vorwerfen, wir wären zur Diskussion nicht bereit. Wir gehen nur nicht auf den kleinsten Nenner zurück, sondern stehen zu dem, was wir machen. Die vorliegenden Postulate wurden sehr früh im Rahmen der RPK-Sitzung eingegeben. Sie müssen jetzt behandelt werden, weil es nachher zu spät ist. Wir können nicht im September oder Oktober mit etwas kommen, was nicht umsetzbar ist. Es kann nicht immer nur alles auf dem Papier stehen, dazu müssen irgendwann auch einmal Anträge gemacht werden.

Michale Baumer (FDP): Wir teilen die Besorgnis bezüglich der städtischen Finanzentwicklung. Schade ist nur, dass die SVP den Antrag stellte und erst danach mit uns das Gespräch gesucht hat. Die Stadt muss eine Aufgabenüberprüfung wahrnehmen. Um diese inhaltlichen Dinge abzuklären, könnten wir eine Motion gemeinsam einreichen. So wie jetzt vorliegend ist es der falsche Weg.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Die CVP hat in der letztjährigen und diesjährigen Budgetdebatte klar gezeigt, dass auch ihr die Finanzen der Stadt Zürich am Herzen liegen. Die beiden SVP-Postulate sind jedoch keine Knaller und schon in der Sache falsch. Es kann nicht ernsthaft die Meinung der SVP sein, dass die jährliche Bruttoschuldzunahme immer innert fünf Jahren abgebaut werden soll. Dafür müssten wir jährlich ein positives Budget von mindestens 100 Millionen Franken präsentieren, was total unrealistisch ist.

Das Postulat wird mit 23 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat